

## Einleitung

### Making the Swiss – Zeitraum, Mythos, Geschichte

Moderne Staaten sind vielschichtige Gebilde, die geografische Regionen, deren spezifische politische Systeme, lokale Bevölkerungen und Kulturen und unterschiedliche Gemeinschaften innerhalb und ausserhalb ihrer Grenzen umfassen. Wenn sich die Ursprünge einer solchen Nation wie im Fall der modernen Schweiz, über einen Zeitraum von mehr als 500 Jahren zurückverfolgen lassen, werden diese Schichten Teil eines komplexen historischen Geflechts, das sowohl die Innen- als auch die Aussensicht nachhaltig beeinflusst. Dieses Gewebe ist ein wesentliches Merkmal der Geschichte der Schweiz. Mit Bestimmtheit lässt sich sagen, dass ein Teil der Menschen, die nördlich und bis zu einem gewissen Grad auch innerhalb und südlich der Alpen lebten, sich seit dem späten 15. Jahrhundert als «Schweizer» bezeichneten. Namensgeber war Schwyz, einer der Orte, aus denen sich jenes politische Bündnis zusammensetzte, das sich nach dem 15. Jahrhundert auch mit dem ehrenhaften Titel «Liga vetus et magna Alamaniae superioris» oder «alter grosser Pund obertütscher Landen» schmückte und den Kern dessen bildete, woraus letztlich die moderne Schweiz hervorging.

Das vorliegende Buch folgt dem Weg, der aus diesem losen Netzwerk relativ autonomer Gemeinschaften nördlich der Alpen heraus seinen Ausgang nahm – darunter auch Schwyz –, als diese um 1300 begannen, sich zu Bündnissen zusammenzuschliessen. Diese entwickelten sich bis zu den 1450er-Jahren weiter zu einer lose gefügten, aber erstaunlich widerstandsfähigen Konföderation, einer «Eidgenossenschaft», die alle Turbulenzen in Europa überlebte und schliesslich den mehrsprachigen, multireligiösen und föderalen Bundesstaat von heute hervorbrachte. Die relative politische Stabilität der Schweiz inmitten des krisengeschüttelten Europa seit 1848, als das Land auf die gegenwärtige verfassungsmässige Grundlage gestellt wurde, hat viele Beobachter dazu veranlasst, eine Kontinuität in der Entwicklung von den frühesten Bündnissen bis in die Gegenwart zu betonen. Damit gewichteten sie die erbitterten Konflikte, welche die Schweizer entzweiten, weit weniger. Gleiches gilt für die Bindungen mit anderen Regionen, die später nicht mehr Teil der Schweiz waren. Heutige Historiker haben beides untersucht: die Konflikte ebenso wie die Kontinuität, die für den schweizerischen Raum charakteristisch waren – nicht zuletzt die vier bedeutenden inneren Kriege zwischen 1444 und 1715 –, woraus sich ein differenzierteres Bild ergeben hat.

Bei aller Beständigkeit war das politische System der Schweiz in seiner gesamten Entwicklung stets mehr oder minder eine Ausnahmeerscheinung. Um 1300 hätte niemand geahnt, dass die verschiedenen Bündnisse, die unter bescheidenen Kleinstädten und dünn besiedelten Bergtälern Gestalt annahmen, die

gottgegebene Ordnung der Aristokratie und des Heiligen Römischen Reiches dereinst ersetzen könnten – nicht einmal auf lokaler Ebene. Und im 17. Jahrhundert schien eine eidgebundene, Katholiken wie Protestanten umfassende Konföderation inmitten von Herrschern, die nach der geltenden Lehre von Gottes Gnaden über ihre rechtgläubigen Untertanen bestimmten, fehl am Platz zu sein. Auch nach 1800 schaute man in den aufstrebenden Nationalstaaten Europas mit ihnen, wie angenommen wurde, «natürlichen» Grenzen und einer idealisierten ethnischen Einheit mit Befremden auf die polyglotte Eidgenossenschaft, die sich in verworrener, aber bisweilen auch beunruhigender Weise quer durch die Alpen erstreckte. Zu keinem Zeitpunkt war die Schweiz ein besonders «natürliches» Gebilde. Weder eine Dynastie noch Religion oder Sprache verbanden die Bewohner der Schweiz je zu einer Einheit. Somit verblieb die Geschichte – die menschliche Fähigkeit, gemeinschaftliche Narrative zu entwickeln und sich eine politische Gemeinschaft vorzustellen – als primäre Grundlage für die Herausbildung und Entfaltung einer modernen nationalen Identität. Bereits um 1500 beruhte die Entstehung eines schweizerischen Gefühls der Zusammengehörigkeit auf Vorstellungen der Zeitgenossen von einer gemeinsamen Geschichte – ein Selbstbild, das gemäss der modernen Geschichtsschreibung zu einem beträchtlichen Teil aus Mythen besteht. In seiner einmal etablierten Form hatte dieses Geschichtsbild bedeutende Auswirkungen auf spätere Entwicklungen, als es in den turbulenten Zeiten, insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert, immer wieder als Erklärung für den politischen und wirtschaftlichen Fortbestand und Erfolg des Landes übernommen und mit neuem Leben erfüllt wurde. Obwohl das Land während der Napoleonischen Kriege erobert und von Grund auf umgestaltet und während der Weltkriege zwischen 1914 und 1945 zweimal eingekreist und isoliert wurde, war seine Geschichte (womit sowohl die gemeinsamen Narrative als auch die lange, durch Fakten verbürgte politische Vergangenheit gemeint ist) stets Garant dafür, dass eine Schweiz mit erkennbarer Eigenart alle europäischen Katastrophen überdauerte und in gewandelter Form erhalten blieb.

Um den modernen Nationalstaat Schweiz zu verstehen, bedarf es daher einer Betrachtung sowohl der empirisch belegten Ereignis- und Institutionengeschichte als auch der kulturell verankerten Geschichten und Mythen, die zum politischen Kulturgut geworden sind und deshalb seine Optionen und Entschiede prägen. Wilhelm Tell hat zwar nie existiert, dennoch beeinflussten seine Taten immer wieder den Gang der schweizerischen Politik, wie die folgenden Kapitel zeigen werden. Alle Kapitel befassen sich nicht nur mit dem dynamischen Geschehen, das jede Periode des Gebiets prägte, in der die Schweiz allmählich entstand; untersucht werden auch die wechselhaften Vorstellungen der Akteure von ihrer politischen Welt. Diese Realität erfuhr zwischen dem 14. und dem 21. Jahrhundert einen enormen Wandel, und so überrascht es nicht, dass sich auch das Selbstverständnis der Landesbewohner wandelte, ihre Ansichten, wer sie – politisch betrachtet – seien und was (wenn überhaupt) sie zusammenhalte. Mythen prägten stets das Geschichtsbild der Schweizer, auch weil die Geschichtsschreibung ihre Mythen immer wieder neu erzählte.

Bevor wir nun die neun Kapitel dieses Buches umreißen, die durch die komplexe Geschichte der Schweiz führen, verdient eine lapidare und doppelböde Frage des amerikanischen Historikers Jonathan Steinberg unsere Aufmerksamkeit: «Warum die Schweiz?» Wir mögen uns zunächst fragen, wie und warum es sein konnte, dass in diesem geografischen Raum ein moderner, eigenständiger Nationalstaat entstand, der dauerhaft und geradezu mit Hingabe an direkt-demokratischen Entscheidungsprozessen festhielt und durch hartnäckiges Beharren gekennzeichnet war, wenn es um die Anpassung an politische Normen von Nachbarstaaten ging. Diese Distanznahme galt gleichermaßen für die italienischen Stadtstaaten im Süden, die französische Monarchie im Westen und das Heilige Römische Reich, aus dem später Deutschland und Österreich hervorgingen. Weder dynastische Herrschaft noch gemeinsame Religion oder Sprache konnten eine nationale schweizerische Identität hervorbringen und den Rahmen bilden für eine politische Nation Schweiz. Vielmehr scheint die moderne Schweiz ganz wesentlich das Ergebnis von Entscheidungen zu sein, die von ihrer Einwohnerschaft selber gefällt wurden, als «Willensnation», beruhend auf dem politischen Willen der Staatsbürger und deren Bereitschaft – wie auch jener der Nachbarn –, das Land in seinen verschiedenartigen Formen, die es über die Jahrhunderte hinweg annahm, als einheitliches und beständiges politisches Gebilde zu akzeptieren. Mit anderen Worten: Die Schweiz war – und ist – ein reales Staatswesen, in dem reale Politik betrieben wird, und nicht eine «Insel der Glückseligen» inmitten einer spektakulären Berglandschaft.

Weiter stellt sich die Frage, warum heutige Leser überhaupt an den vielen komplexen Details der schweizerischen Vergangenheit interessiert sein könnten. Ein Grund mag sein, dass die Schweiz für Denker wie Jean-Jacques Rousseau im 18. Jahrhundert oder für verschiedene politische Theoretiker des 20. Jahrhunderts als geeignetes Modell für die politische Organisation eines oft von Gewalt geplagten Europa galt – wobei Versuche, sich am schweizerischen Modell zu orientieren, von Kalifornien bis Jugoslawien zu durchaus zweifelhaften Resultaten geführt haben. Wir wollen bescheidener sein und festhalten, dass die Schweizer Geschichte jene anspricht, welche ein Interesse haben, die – oft übergangenen oder falsch verstandenen – Schweizer von heute im Licht ihrer Vergangenheit besser zu verstehen. Auch hilft uns die Schweizer Geschichte, das Verständnis für die ganze Bandbreite politischer Möglichkeiten, die den Europäern im Laufe der Jahrhunderte zur Verfügung standen, zu erweitern.

Die folgenden Kapitel vermitteln in erster Linie eine Geschichte der Schweiz als politisches Gebilde und nicht nur eine Geschichte des geografischen Raums. Infolgedessen werden im ersten Kapitel, neben einer Skizze der Geografie der modernen Schweiz, die Geschehnisse in und um die Zentralalpen in prähistorischen, römischen und frühmittelalterlichen Zeiten nur in aller Kürze erwähnt, da, wie bereits angedeutet, vor dem 14. Jahrhundert keine solche Entität festzustellen ist. Grösstenteils legt das erste Kapitel somit den Fokus auf den Zeitraum von etwa 1200 bis zum Ende des 14. Jahrhunderts, als eine Reihe von neuen Entwicklungen ganz Westeuropa erfasste. Diese eröffneten aufgrund der geografischen

Lage an einer Reihe von dynastischen, sprachlichen und kulturellen Grenzen im Gebiet der späteren Eidgenossenschaft neue politische Möglichkeiten. Der Niedergang verschiedener bedeutender Adelsgeschlechter, vorab der Hohenstaufen, ermöglichte es weniger mächtigen politischen Kräften nördlich der Alpen zu prosperieren, darunter regionalen Geschlechtern wie den Habsburgern (deren anschliessender Aufstieg essenzieller Bestandteil der europäischen Geschichte werden sollte), aber auch verschiedenen korporativen städtischen und ländlichen Verbänden. Diese und weitere Akteure bewegten sich in einer ungeordneten, komplexen politischen Landschaft, die von Feudalherrschaften, Bündnissen und Fehden geprägt war, sich aber langsam festigte und zu neuen Konstellationen entwickelte. Obwohl alle Gemeinschaften, die Teil der im 14. Jahrhundert entstehenden Konföderation waren, Deutsch sprachen, unterhielten viele von ihnen ähnlich ausgestaltete Beziehungen zu italienisch-, französisch- und rätoromanischsprachigen Nachbarn, von denen manche später ebenfalls der Schweiz angehören sollten. Die unterschiedlichen körperschaftlich organisierten kommunalen Verbände, darunter Städte wie Bern, Luzern und Zürich und «Länder» wie Glarus, Uri und das Haslital, näherten sich in zunehmendem Mass einander an, um die Gewalt unter den Adelsgeschlechtern (das Fehdewesen) einzudämmen und den Landfrieden zu sichern. Während der grossen demografischen und ökonomischen Krise, die 1348 ausbrach, wurde die einheimische Aristokratie weiter dezimiert. Dadurch konnten kommunale Bündnisse während eines für die weitere Entwicklung entscheidenden halben Jahrhunderts zur wichtigsten politischen Kraft werden, sich konsolidieren und erste gemeinsame Gesetze festlegen.

Im zweiten Kapitel werden die inneren und äusseren Auseinandersetzungen nachgezeichnet, die das lose Geflecht von Bündnissen des späteren 14. Jahrhunderts zu einem fester gefügten, militärisch potenten politischen Akteur werden liessen, als die alte Eidgenossenschaft zur dominierenden Kraft im Gebiet der heutigen Schweiz aufstieg. Die nach militärischen Siegen gegen eine habsburgische Streitmacht im Jahr 1386 erstmals als «Schweizer» bezeichneten Mitglieder der werdenden Eidgenossenschaft weiteten ihren territorialen und politischen Machtbereich durch Kauf oder Eroberung von Territorien aus, die bis dahin im Besitz des regionalen Adels gewesen waren. Die Eidgenossen sahen sich indes auch mit verbissen geführten inneren Konflikten konfrontiert, die im Alten Zürichkrieg der Jahre 1436–1450 kulminierten, als Zürich mit seinen habsburgischen Unterstützern den meisten anderen Mitgliedern der Eidgenossenschaft, angeführt von Schwyz, gegenüberstand. Die Niederlage Zürichs zeigte, dass die einzelnen Mitglieder der Eidgenossenschaft nicht mehr über uneingeschränkte politische Handlungsfreiheit verfügten. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts dominierte die eidgenössische Infanterie kurzzeitig die militärische Bühne Europas: In den 1470er-Jahren besiegten die Eidgenossen Karl den Kühnen von Burgund und bereiteten damit der Herrschaft der Burgunderherzöge ein Ende. Im Schwabenkrieg 1499 bezwangen sie Heere der Habsburger und des süddeutschen Adels, und in den 1510er-Jahren waren sie in der Lage, in Norditalien militärisch zum Zünglein an der Waage zu werden. Diese Siege ermöglichten es der

Eidgenossenschaft zu wachsen, einerseits durch die Aufnahme neuer Mitglieder – einschliesslich des zweisprachigen Freiburg im Üchtland –, andererseits durch den Kauf oder die Eroberung benachbarter Territorien, deren Einwohnerschaften in vielen Fällen französisch- oder italienischsprachig waren. Dazu begünstigte der Erfolg der Eidgenossenschaft das Aufkommen einer Reihe gemeinsamer Narrative über ihre Art und ihr Herkommen, aber auch zur Rechtfertigung ihrer Allianzen durch die offenkundige Gnade Gottes. Diese Geschichten kreisten um die heldenhafte Figur des Wilhelm Tell sowie um die «drei Eidgenossen», von denen man annahm, dass sie in den unsicheren Zeiten um 1300 die ersten Eide auf den gemeinsamen Bund abgelegt hätten.

Das Ende der militärischen Vorherrschaft der Eidgenossen, das die Niederlagen bei Marignano im Jahr 1515 und bei Bicocca 1522 in dramatischer Weise signalisierten, fiel zeitlich mit einer neuerlichen Welle innerer Konflikte zusammen, ausgelöst durch die europäische Kirchenspaltung, die im dritten Kapitel behandelt wird. Die Reformationsbewegung, welche die römisch-katholische Kirche und deren Glaubenslehre ablehnte und in Wittenberg mit Martin Luther ihren Ausgang nahm, fand in der Eidgenossenschaft eine Reihe von führenden Akteuren. Vor allem Ulrich Zwingli und nach ihm der französische Immigrant Jean Calvin leisteten in Opposition zu Rom einen Beitrag zur Entstehung einer zweiten, der reformierten beziehungsweise calvinistischen Amtskirche. Einige von Zwinglis frühesten Anhängern zählten ausserdem zu den Begründern jener Bewegungen, die wir heute als Täufer oder Mennoniten bezeichnen. Gerade als die Eidgenossenschaft mit der Eroberung der Waadt durch Bern 1536 ihre heutigen Grenzen erreichte, setzte die konfessionelle Spaltung ein, da nur eine Minderheit ihrer dreizehn Vollmitglieder die von Zürich und Genf ausgehenden neuen Glaubenslehren anerkannte. 1531 brach in der Eidgenossenschaft ein erster religiös bedingter Bürgerkrieg aus: Obwohl Zwingli in einer der Schlachten sein Leben verlor, blieb als Resultat eine ungewollte Pattsituation zwischen den konfessionellen Lagern. Da diese oft zutiefst gespalten waren und zu ihren konfessionellen Verbündeten im Ausland ebenso enge Verbindungen unterhielten wie untereinander, verdankte die Eidgenossenschaft ihr Überleben in dieser Phase mehr als allem anderen der gleichzeitigen Schwäche ihrer Nachbarn. Der konfessionelle Status quo wurde noch in zwei weiteren Bürgerkriegen auf die Probe gestellt und schliesslich 1715 leicht zugunsten der Protestanten verschoben; das prekäre Gleichgewicht zwischen den Konfessionen blieb aber ein dauerhaftes Hindernis für die Weiterentwicklung der gemeinsamen Institutionen der Eidgenossenschaft. Zunehmend in sich geschlossene Oligarchien monopolisierten ihren Einfluss und kontrollierten die öffentlichen Einnahmen in den eidgenössischen Orten, derweil das wirtschaftliche Wachstum – beschleunigt durch die Fähigkeit der Eidgenossenschaft, sich aus dem Dreissigjährigen Krieg und späteren europäischen Flächenbränden herauszuhalten – allmählich die ländlichen Regionen transformierte.

Das prekäre Gleichgewicht, das die Eidgenossenschaft nach der formellen Anerkennung ihrer politischen Autonomie im Jahr 1648 kennzeichnete, zog sich,

wie im vierten Kapitel nachgezeichnet wird, bis ins 18. Jahrhundert hin. Einerseits setzte sich die politische Erstarrung des schweizerischen Ancien Régime fort: Die Orte waren zunehmend geprägt von oligarchischen Verhältnissen und anfällig für interne Konflikte um Macht, Vorrang und Profit. Dennoch konnte zu keiner Zeit eine absolutistische oder fürstliche Herrschaft entstehen. Regelmässige Herausforderungen der Oligarchie durch Proteste aus dem Volk, die teilweise durch die mythische Befreiungsgeschichte befeuert wurden, sorgten für die eine Form der Beschränkung: Die frankofonen Berner Untertanen im Waadtland liessen sich ebenso durch Wilhelm Tell inspirieren wie antiaristokratische Rebellen in der Deutschschweiz. Die andere war die gelegentliche Bereitschaft der Patrizier, mit alten Konventionen zu brechen und einige Forderungen zu erfüllen, um ihre Machtpositionen zu erhalten, wie dies etwa in Genf der Fall war. Andererseits setzte sich, trotz der offensichtlichen Stagnation, der Wandel in den Sphären des geistigen Lebens, des Nationalgefühls und der Wirtschaft fort, dort vorangetrieben durch die einheimische Textilproduktion. Vor allem verbreitete sich das aufklärerische Denken immer mehr, wozu unter anderen lokale Patrizier und Immigranten, aber auch Schweizer Auswanderer einen Beitrag leisteten. Am Ende des Jahrhunderts begann der Wandel Fahrt aufzunehmen, begünstigt durch das Übergreifen der Französischen Revolution. Schliesslich konnte das Ancien Régime, trotz oder gerade wegen seines wachsenden Konservatismus, diese Herausforderungen nicht mehr bewältigen und dankte ab – dies angesichts der militärischen Macht Frankreichs und der lokalen Agitation für politische Reformen.

Das fünfte Kapitel beginnt mit der französischen Invasion von 1798, die unmittelbar zu einer Revolution führte, in deren Folge die alte Eidgenossenschaft durch die von Frankreich inspirierte und dominierte Helvetische Republik ersetzt wurde. Deren Scheitern beim Versuch, sich allgemeine Akzeptanz zu verschaffen, leitete ein halbes Jahrhundert ein, in dem sich vieles im Fluss befand, Jahrzehnte, die geprägt waren durch fortwährende Verfassungsexperimente und Widerstand gegen die Rechtmässigkeit jedweder neuen Ordnung. Da der Helvetischen Republik im Inland die Legitimität fehlte und die französischen Forderungen nicht erfüllt werden konnten, wurde diese 1803 per Dekret durch Napoleons Mediationsakte ersetzt. Das Regime der Mediation sorgte für eine stillschweigend erduldete Stabilität, die von Wirtschaftswachstum begleitet war. Napoleons militärischer Niedergang ermöglichte es Anhängern des Ancien Régime wieder, nach der Macht zu greifen, doch die vollständige Wiederherstellung des Ancien Régime wurde von den siegreichen Alliierten unterbunden. Daraus resultierte eine instabile Kompromissordnung, in der alle Parteien bestrebt waren, ihren Vorschlägen Legitimität zu verschaffen, bisweilen durch den Appell an die Tradition Wilhelm Tells und der tugendhaften drei Eidgenossen, die – je nach Standpunkt – als Patrons der Restauration oder als Vorreiter für die Demokratisierung angepriesen wurden. Die immer lauter werdenden Rufe nach liberalen Reformen im Pressewesen und in den öffentlichen Institutionen führten in den Jahren 1829–1831 in den Kantonen zu einer Reihe quasirevolutionärer Umwälzungen, die einen endgültigen Schlussstrich unter die Hoffnungen auf Wieder-

herstellung des Ancien Régime zogen. Diese «Regenerationszeit» beendete indes die Auseinandersetzungen nicht, da einerseits der Reformdruck auf nationaler Ebene anhielt, andererseits Forderungen nach einem radikaleren sozialen und politischen Wandel mit dem aufkommenden katholischen Konservatismus bisweilen gewaltsam in Konflikt gerieten. Schliesslich mündeten die Auseinandersetzungen 1847/48 in einen Bürgerkrieg, den Sonderbundskrieg, dessen Auslöser sowohl konfessionelle und wirtschaftliche Spannungen als auch politische Meinungsverschiedenheiten waren. Der Sieg der radikalen Freisinnigen ermöglichte es diesen, die erste nationale Bundesverfassung auszuarbeiten und erstmals aus den vielen quasisouveränen Kantonalstaaten einen einzigen souveränen Bundesstaat zu schaffen.

Das sechste Kapitel zeichnet die Implementierung der neuen Ordnung und die Schaffung eines funktionierenden neuen Staates nach, dem erstaunlicherweise kaum Widerstand seitens der unterlegenen Konservativen oder der Kontinentalmächte erwuchs. Dieser Erfolg beruhte auf der Mässigung der neuen Regierung und dem Willen der Besiegten, das neue System zu ihren Gunsten zu nutzen. Die neue Ordnung der Schweiz erlangte internationale Anerkennung, während nun das Land auch eine hochmoderne Industriewirtschaft auf der Grundlage von Eisenbahnwesen und Fabrikproduktion entwickelte. Die bundesstaatliche Politik sah sich in den 1860er-Jahren durch eine neue demokratische Bewegung in den Kantonen massiv herausgefordert, woraus schliesslich 1874 eine revidierte Bundesverfassung und mit ihr eine engere Konföderation resultierte – aber auch ein neuerlicher Konflikt mit der katholischen Kirche. Die ungewisse Stellung der Schweiz in einem zunehmend nationalistischen Europa erneuerte das Interesse an der schweizerischen Vergangenheit: Der Bundesbrief von 1291 zwischen Uri, Schwyz und Unterwalden (der bis im 18. Jahrhundert verschollen und 1760 erstmals herausgegeben worden war) erlebte erst ab den 1830er-Jahren allmählich neue Aufmerksamkeit und gab 1891, nun als Eckpfeiler des Nationalstolzes, den Anstoss für die Einführung eines Nationalfeiertages am 1. August. Dies war Teil einer institutionell geförderten Entwicklung der schweizerischen Identität und trug dazu bei, dass die Bevölkerung der Schweiz in zunehmendem Mass ein Nationalgefühl entwickelte. Die Wirtschaftskrise der 1870er-Jahre begünstigte die Entstehung einer sozialistischen Bewegung, was einer Konkretisierung der Parteistrukturen im politischen Spektrum förderlich war. Bis zur Jahrhundertwende wurden nun die Katholisch-Konservativen vorerst in den politischen Prozess einbezogen und schliesslich auch in den Bundesrat. Ermöglicht wurde dies durch den Ausbau der direkten Demokratie im Jahr 1891 mit der Einführung der Volksinitiative für Teilrevisionen der Verfassung. Die Beteiligung breiterer Kreise trug zur Entwicklung eines stärkeren, übergeordneten Nationalgefühls bei und begünstigte die Herausbildung einer neuartigen bürgerlichen Allianz, die sich gegen Sozialisten und Ausländer wandte.

Das siebte Kapitel befasst sich mit der Schweiz während der europäischen Krise zwischen 1914 und 1945 und danach. Die demokratische Schweiz mit ihrem neuen Selbstvertrauen geriet während des Ersten Weltkriegs dreifach in

eine bisher nie dagewesene Bedrängnis: im Hinblick auf die Neutralität, den Zusammenhalt der Sprachgruppen und der Gesellschaft insgesamt. Die schlechte Handhabung der Mobilmachung von 1914 und deren ökonomische Konsequenzen führten 1918 zu einem gesellschaftlichen Erdbeben in Form eines Generalstreiks, der wiederum der Forderung nach Einführung des Proporzwahlrechts im Bund zum Durchbruch verhalf. Das neue Wahlsystem löste im innenpolitischen System gleichsam eine Revolution aus; ebenso revolutionierte der Beitritt zum Völkerbund die diplomatische Situation des Landes. Neue Belastungen entstanden in der Zwischenkriegszeit infolge der Weltwirtschaftskrise nach 1929 und des Übergreifens der ideologischen Konflikte in Europa, die alle auch in der Schweiz auf Resonanz stiessen. Bis weit in die 1930er-Jahre blieben protofaschistische neben liberalen und sozialistisch-kommunistischen Gruppen aktiv; allerdings mussten alle ihre Programme an den besonderen historischen Kontext und die tief verankerte demokratische politische Kultur des schweizerischen Systems anpassen.

In den späten 1930er-Jahren begann der Bundesrat sich angesichts der bedrohlichen Situation in Europa auf einen Krieg vorzubereiten. Damit konnte nicht verhindert werden, dass sich die Schweiz immer noch eingekreist sah, als der Krieg ausbrach. Die begründeten Ängste vor einer deutschen Invasion führten zu einer radikal neuen Verteidigungsstrategie, dem Reduit, das auf dem Konzept einer Alpenfestung beruhte, und zu einem neuen Selbstbewusstsein bei der Verteidigung der schweizerischen Traditionen unter dem Etikett der «geistigen Landesverteidigung». Gleichwohl war der Bundesrat – nach Meinung vieler – auch in dubiose Beziehungen mit den Achsenmächten verstrickt. Daher geriet die Schweiz sowohl während als auch unmittelbar nach dem Krieg in Schwierigkeiten mit den Alliierten, was dazu führte, dass das Land in einem zunehmend vernetzten globalen Umfeld an einer «integralen» Neutralität des Abseitsstehens festhielt. Dies, zusammen mit der Tatsache, dass das Land im Krieg seine Unabhängigkeit hatte bewahren können, stärkte das Selbstvertrauen und führte zur vorherrschenden Überzeugung, die Schweiz stelle im Hinblick auf Stabilität und Demokratie in einer gespaltenen Welt einen Sonderfall dar.

Der Entwicklung des «Sonderfalls Schweiz» (als Ideal und als Realität) widmet sich das achte Kapitel. Der Glaube an eine schweizerische Einzigartigkeit wuchs mit der Woge der Prosperität, die auf den Krieg folgte, bestärkt im Weiteren durch die zunehmende politische und soziale Harmonie und die neue, erfolgreiche internationale Rolle, die der Kalte Krieg ermöglichte. Erst in den 1960er-Jahren erfuhr die schweizerische Nachkriegssaturierung und Selbstzufriedenheit – wie auch in anderen westlichen Ländern – eine Herausforderung durch intellektuelle Dissidenten, die 68er-Bewegung, die Frauenbewegung, Jugendunruhen und ihre Widersacher im rechten politischen Spektrum, Gegner der Einwanderung sowie eines wirtschaftlichen Kosmopolitismus. Doch der schweizerische Konsens überlebte in den 1970er-Jahren – neben wirtschaftlichen Depressionen – auch all diese Herausforderungen. In den 1980er-Jahren nahm die politische und kulturelle Polarisierung jedoch zu: Während das politische

Zentrum sich etwas nach rechts bewegte, taten sich neue Risse im «Sonderfall Schweiz» auf, als das Land von Bewegungen erfasst wurde, von denen sich die einen gegen die Einwanderung und einen UNO-Beitritt wandten und die anderen sich für Umweltschutz und gegen die Armee engagierten. Die schweizerischen Behörden verloren nach dem Bekanntwerden prominenter Fälle von Geldwäscherei und Insidergeschäften an allen Fronten an Glaubwürdigkeit; dazu kam die Enthüllung, dass der Staat zahlreiche seiner Bürger ausspioniert hatte.

Das neunte Kapitel verfolgt schliesslich den Verlauf dieser Risse, die sich von den 1990er-Jahren bis in die Gegenwart zu immer grösseren Spalten ausweiteten. Das Ende des Kalten Krieges und die zunehmende Beschleunigung der Globalisierung zwangen die Schweizer, ihre Neutralität zu überdenken, mit einer wachsenden Zahl von Asylsuchenden zurechtzukommen und im Hinblick auf die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) Ad-hoc-Lösungen zu finden, nachdem das Schweizer Stimmvolk eine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt hatte. Der Druck, neue Wege zu beschreiten, wuchs, als sich das Wirtschaftswachstum in den 1990er- und den Nullerjahren erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg signifikant abschwächte. Ängste und Unsicherheit über die Stellung die Schweiz in der Welt bildeten den Nährboden, auf dem die Schweizerische Volkspartei (SVP) als neue populistische Bewegung anwachsen konnte. Sie glich zwar denen in anderen europäischen Ländern, agierte aber erfolgreicher. Die populistischen Verfechter des alten Sonderfalldenkens schienen nach 2003 eine Zeit lang die Oberhand zu gewinnen, doch ab 2007 begannen sich die konsensorientierten, pragmatischen Kräfte allmählich wieder besser zu behaupten. Trotzdem blieb das Land gespalten zwischen national orientierten und nach aussen offenen Bevölkerungsgruppen, sodass die Politik – wie auch anderswo in Europa – zunehmend polarisiert wurde. Faktisch ist das Land somit in den letzten rund 25 Jahren immer mehr zu einem normalen europäischen Staat geworden.

Das Spannungsverhältnis zwischen einem Gefühl der Besonderheit und der Realität tief reichender und dauerhafter Verbindungen der Schweiz zu ihren europäischen Nachbarn ist ein auffallendes Kontinuitätselement ihrer Geschichte. Glühende Verfechter des «Schweizertums» haben sich stets auf die Eigenarten berufen, welche die Schweiz abheben: ihre gemeinsamen Bünde und die dominierenden kommunalen Institutionen im Spätmittelalter – gerechtfertigt durch den Heldenmythos von Wilhelm Tell und die besonnenen und frommen Anführer der ersten Bundesschlüsse. Auch die heutigen populistischen Meinungsführer bedienen sich weiterhin der Ereignisse des 13. und 14. Jahrhunderts, um auf den Ursprung und die besondere Natur der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinzuweisen. Die Ansprüche auf Einzigartigkeit und Kontinuität stellten somit selbst eine konservative Konstante dar, und zwar eine, die über die Jahrhunderte hinweg auch grossen Einfluss auf die Art und Weise hatte, wie Historiker die Schweiz darstellten. Doch historische Ereignisse – von den erbitterten Konflikten des Alten Zürichkriegs über die Reformation und die Revolutionszeit bis hin zum Bürgerkrieg von 1847/48, aus dem schliesslich ein einheitlicher schweizerischer Nationalstaat hervorging – machen deutlich, dass die Schweiz nie vom

Geschehen in Europa getrennt war und dass die Bande des guten Einvernehmens und der Stabilität, die aus konservativer Sicht im Vordergrund stehen, oft durch Konflikte zerrissen wurden. Die unterschiedlichen Rollen, in denen Wilhelm Tell mobilisiert wurde – von der konservativen Ikone bis zum revolutionären Agitator –, verdeutlichen, dass weder Konflikte noch Kontinuität allein den roten Faden auf dem Weg der Schweiz ausmachen. Vielmehr ist es ein Geflecht von Geschichte und Mythos, das in Institutionen und Kultur sichtbar wird, das die moderne Schweiz zu einem einzigartigen und gleichzeitig zutiefst europäischen Konstrukt macht, einem, das es verdient, besser bekannt zu werden.